

Herrn Jens Spahn, MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Per E-Mail

Berlin/Aachen, 03.11.2025

Sehr geehrter Herr Spahn,

kurz vor Abschluss der Haushaltsberatungen für das Jahr 2026 wenden wir uns als kirchliche Werke mit großer Besorgnis an Sie und Ihre Fraktion. Die vorgesehenen Kürzungen im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie bei der humanitären Hilfe im Etat des Auswärtigen Amtes (AA) bedrohen Deutschlands internationale Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit in einer von Krisen geprägten und fragmentierten Welt.

An unsere gemeinsame Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen möchten wir ausdrücklich appellieren. Diese Überzeugung ist im christlichen Wertefundament der Union fest verankert. Daher bitten wir Sie eindringlich, sich in den laufenden Verhandlungen dafür einzusetzen, dass Deutschland seiner internationalen Verantwortung zur Linderung von Not und Förderung nachhaltiger Entwicklung zuverlässig und bedarfsgerecht nachkommt.

Die anstehenden Kürzungen im Haushaltsentwurf 2026 sind gravierend: der BMZ-Etat soll im Vergleich zu 2022 um nahezu 30 Prozent auf 9,9 Milliarden Euro sinken – das niedrigste Niveau seit zehn Jahren. Die Mittel für humanitäre Hilfe im Ausland werden ebenfalls auf ein Rekordtief der letzten Dekade reduziert und liegen bei einer Milliarde Euro. Seit 2022 wurden die humanitären Mittel bereits um zwei Milliarden Euro gekürzt.

Bereits jetzt kosten die Kürzungen täglich Menschenleben. Mit dem abrupten Rückzug der USA als wichtigstem humanitären Geldgeber droht dem internationalen Hilffssystem der Zusammenbruch. Eine Studie im Fachmagazin „The Lancet“ prognostiziert bis zu 14 Millionen zusätzliche Todesfälle bis 2030 infolge der USAID-Kürzungen. Darunter 4,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Laut Schätzungen von UN OCHA erhalten mindestens 235 Millionen der 300 Millionen Menschen in Not keine humanitäre Hilfe – darunter in den schwersten aktuellen Krisen wie im Sudan, im Jemen und in der DR Kongo. Die deutschen Kürzungen werden die Lage weiter verschärfen – auch in Kontexten mit strategischen Sicherheits- und Stabilisierungsinteresse Deutschlands etwa in Nahost und der Ukraine. Ohne eine radikale Kehrtwende werden im Jahr 2030 – so die Prognose der UN – 840 Millionen Menschen Hunger leiden. Gleiches gilt für die Armut weltweit: nach Schätzungen der Weltbank leben im Jahr 2025 831 Millionen Menschen in extremer Armut. Dies trifft besonders auf Subsahara-Afrika sowie konfliktbetroffene und fragile Länder zu – Kontexte, in denen Armut auch zur Stärkung von Konflikt- oder Terrorgruppen führt.

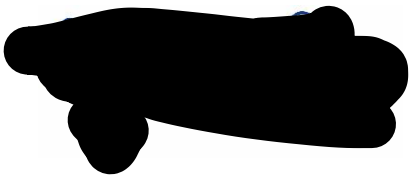
Der Schutz globaler Güter durch Friedenssicherung und Konfliktprävention, der Aufbau resilienter Gesundheitssysteme, die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte sowie die Förderung von internationalem Klimaschutz ist im höchsteigenen Interesse Deutschlands. Auch die deutsche Außenwirtschaft ist auf Stabilität in den Absatzmärkten angewiesen. Wachstum und Wohlstand in den Partnerländern unserer Entwicklungszusammenarbeit kann durch Handel wiederum zu mehr Wohlstand in Deutschland führen. Die Ökonomen des IfW Kiel haben diesen Investment-Rendite-Zusammenhang erst kürzlich wissenschaftlich untermauert.

Den globalen Herausforderungen kann wirksam nur im Rahmen internationaler Zusammenarbeit begegnet werden. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe schaffen die Grundlage für stabile Partnerschaften in einer Welt zunehmender Systemkonkurrenz mit autoritären Staaten. Die kirchlichen Werke leisten dazu ihren Beitrag. Sie stärken nichtstaatliche, zivilgesellschaftliche Akteure und sind auch in fragilen Kontexten tätig, in denen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und politischen Stiftungen Grenzen gesetzt sind. Gerade hier sollte Deutschland nicht an Sichtbarkeit und Einfluss verlieren.

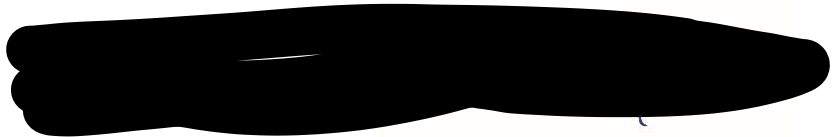
Während Länder wie Japan und Südkorea ihre Investitionen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit erhöhen, droht Deutschland zurückzufallen und setzt damit ein fatales Signal. Die internationale Zusammenarbeit verlangt eine zuverlässige, bedarfsorientierte finanzielle Ausstattung mit entsprechender Planungssicherheit. Aus unserer Sicht sind hierfür mindestens 2,5 Milliarden Euro für den Titel „Humanitäre Hilfe im Ausland“ im Etat des Auswärtigen Amts sowie mind. 11,2 Mrd. Euro für den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erforderlich. Dabei könnten angesichts des erheblichen Konsolidierungsdrucks im Bundeshaushalt die zivilen Unterstützungsleistungen für die Ukraine aus den Einzelplänen 05 und 23 in den Einzelplan 60 überführt und von der Schuldenbremse als „Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten“ ausgenommen werden.

Gerade jetzt ist es an der Zeit, aus christlicher Überzeugung Deutschlands Verantwortung in der Welt gerecht zu werden – und die Kürzungen für die internationale Zusammenarbeit zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Dagmar Pruin
Präsidentin
Brot für die Welt und
Diakonie Katastrophenhilfe



Dr. Oliver Müller
Vorstand Internationales
Deutscher Caritasverband,
Leiter Caritas international

Dr. Andreas Frick
Hauptgeschäftsführer
Misereor